

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

45 (23.2.1920)

ten, die das heutige System ehrlich unterhalten wollen und die nicht aus der Bürokratie hervorgegangen sind, zu verhindern.

Es hatte gewiß unter den alten Verhältnissen, wo die Beamten schlecht bezahlt wurden und hierfür einen gewissen Ausgleich in der Pensions- und Hinterbliebenenversorgung sowie darin hatten, daß sie auf das Einrüden in gewisse Stellen sicher rechnen konnten, etwas Bedrücktes, die Beamenschaft als einen abgeschlossenen, sich nach bestimmten Grundjahren ergänzenden Körper zu betrachten. Heute aber, wo die Beamten verlangen, daß ihnen wie jedem freien Arbeitnehmer eine angemessene Bezahlung gewährt wird, und wo die kommende Leistungsreform über die jetzigen Teuerungszulagen hinaus voraussichtlich ganz erhebliche Erhöhungen der Bezüge bringen wird, können sie nach dieser Richtung hin durchaus keine besonderen Ansprüche erheben, besonders, wenn sie selbst Anforderungen der neuen Zeit nicht gestellt werden.

Dringend notwendig ist auch, daß man endlich an die Frage herantritt, wie den befähigten unteren und mittleren Beamten der Aufstieg in höhere Stellen ermöglicht werden kann. Dazu müssen sich allerdings die gesamten Beamten daran gewöhnen, daß Beförderungen nicht mehr ausschließlich nach dem Dienstalter erfolgen, daß man sich also eine höhere Stellung nicht lediglich ersingen kann. Die Beamenschaft wird sich damit abfinden, wenn die Entscheidung über den Aufstieg befähigter Beamten nicht lediglich in die Hände der Vorgesetzten gelegt wird, sondern wenn auch Angehörige der in Frage kommenden Beamtengruppen selbst (Beamtenräte) dabei zur Mitbestimmung herangezogen werden.

Diese Ausführungen sind nur ein kleiner Auschnitt über die Verhältnisse in den Verwaltungen und die Gefahren die uns davon drohen. Die besten Kräfte der Regierung können durch eine böswillige Beamtenchaft in das Gegenteil verkehrt werden. Diesen Fort der Reaktion schleunigt zu beseitigen ist daher eine Lebensfrage für die Republik und die Demokratie!

Politische Uebersicht.

Die Berliner Parteifunktionäre und die Betriebsrätewahlen.

Berlin, 22. Febr. In einer Konferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre der Reichssozialisten wurde gestern über die Betriebsrätewahlen verhandelt und der Beschluß gefaßt, nach Ablehnung von Verhandlungen über ein geschlossenes Vorgehen aller auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Kräfte, in allen Betrieben mit selbständigen Vorgesetzten Parteikampf aufzunehmen.

Von der Balkanmilitaristen.

Berlin, 21. Febr. In einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland, in der Herr v. Gerlach zur Auslieferungsfrage sprechen wollte, kam es gestern zu einer schweren Schlägerei. Eine Anzahl anwesender Militärpersonen, die angeblich der Balkantruppe angehört haben, beteiligten sich daran. Es wurde Deutschland über alles gelungen. Bei der Schlägerei wurde Herr v. Gerlach, wie es heißt, schwer verletzt.

Schließung von Zigarettenfabriken.

Berlin, 22. Febr. Infolge der bevorstehenden neuen Erhöhung der Zigarettensteuer haben Dresdener Firmen ihre Betriebe bereits geschlossen. — In Bremen ist den Zigarettenarbeitern zum 31. 3. gekündigt worden. — Auch in Berlin sind die Fabrikanten entschlossen, die Fabriken am 1. April zu schließen, wenn die Regierung nicht nachgeben sollte. — Nach der „Vossischen Zeitung“ scheint die Regierung einer Erhöhung der Steuerfrage nicht abgeneigt zu sein. Eine bindende Entscheidung sei noch nicht erfolgt.

Die Einwohnerwehren.

Berlin, 22. Febr. Die Reichszentrale für Einwohnerwehren gibt bekannt: Verschiedene Neuierungen vom Reichswehrminister über angebliche Auflösung der Einwohnerwehren zum 1. April 1920 gelangten in entstellter Form in die Presse. Der Reichswehrminister hat lediglich seiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen von der Entente die Existenz der Einwohnerwehren ernstlich bedroht werde. Die mit der Leitung der Einwohnerwehren-Organisation betrauten Stellen sind sich der Schwierigkeiten dieser Verhandlungen wohl bewußt, sie hoffen aber bestimmt, die Einwohnerwehren, deren Auflösung die kaum etwas gefährliche

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Der Lebensabend.

Am Eingang des kleinen Städtchens standen beidseitig eine lange Reihe niedriger zweistöckiger Häuser. Manche von ihnen zeigten eine merkwürdige Neigung, sich auszuböcken und eines lehnte sich spitzebelig an das andere, als wollten sie sich gegenseitig stützen. In luftigen Farben gefaltete Wände, grellfarbig gestrichene schmale Haustüren und Fensterrahmen gaben der ganzen Straße ein heiteres, lebensfreudiges Aussehen, dem die spitzen alten Giebel mit ihren Türchen und Luken, die Steinbänke vor dem Hause, die tiefgelegenen Fensterlöcher der Erdgeschosse und eingemauerten Heiligenbilder noch einen Stich ins Kleinbürgerliche verliehen. Vor einem dieser Häuschen hielt der Wagen. Aus den Fenstern ringsum streckten sich neugierige Gesichter. Eine Anzahl Kinder sahen zu, wie die Straßlerleute ihr Zeug abladen und in das obere Stockwerk schafften. Kostete manchen Schnaufer, bis das letzte die enge kurze Treppe hinauf geschwängelt war. Dann gab der Sohn den beiden Alten die Hand und mit einem kräftigen „Pfiat Gott“ schied er.

Es liegt Kern im Abschiednehmen der Menschen jener Gegend. Selbst für lange Zeit scheiden sie mit einfachem Handschlag und kurzem Gruß. Tränen gelten beim Abschiede den Männern als Schande und auch die Frauen üben darin Zurückhaltung. Nur bei einer Leiche leisten sich die Weiber einen Ueberfluß an solchen. Zwischen Eltern und Kindern werden von klein auf wenig Zärtlichkeiten ausgetauscht. Zärtlichkeiten unter jung Verheirateten sind spärlich, vor anderer ganz ausgeschlossen. Selbst der Verkehr unter Liebenden ist ein viel rauherer wie anderswo. Und trotzdem haben sich diese Bauern gerade so lieb, halten ebenjenseitig zusammen, wie die in Abschiedstränen und Klößen schwimmenden Großstädter. Das große Sehnen der begüterten Bauern jener Gegend ist es, einmal am Lebensabend Platz in ihrem Dorf im Austraßbüchel zu haben, in die Stadt ziehen und dort in einfacher Behaglichkeit privatisieren zu können. Und eine Dreiherrnleiche am Lebens-

aber durch die bevorstehende Lebensmittelpreise und die Stärkung der linksradikalen Bewegung wieder sehr gefährdete innere Lage aufs schwerste bedrohen würde, zu retten. Auch in den Ententeländern machte sich in den letzten Monaten des Jahres die Einsicht immer bemerkbarer, die das verlässige Weiterbestehen dieser für den Wiederaufbau Deutschlands und damit indirekt auch für die innere Ruhe Europas urentbehrlichen gebildeten Notwehrorganisationen befürwortete.

Diebstahl im französischen Heeresdepot.

„Chicagoer Tribune“ berichtet aus Paris von Diebstählen in dem Heeresdepot der Pariser Umgebung, die den Wert von 5 Millionen Franken überschreiten. Die Diebstähle seien zu rächtlicher Zeit völlig organisiert begangen worden. Ein großes Aufgebot von Lastkraftwagen wäre den Dieben zur Verfügung gestanden. Bisher seien über 400 Personen verhaftet worden.

Die politischen Räte in Bulgarien.

Nach der „Agence d'Athene“ sind die Behörden in Sofia in den Besitz von Dokumenten gelangt, aus denen hervorgeht, daß die in Bulgarien sehr starken Kommunisten für den 1. Mai einen Staatsstreich geplant haben, um die Republik auszurufen. Im Zusammenhang mit dieser Entschloßung wurden in Sofia 290, in Philippopol 350, in Plewna 201 Kommunisten verhaftet. Die Mehrzahl der Verhafteten sind Eisenbahner.

Rußland und Deutschland.

Berlin, 22. Febr. Ein Mitglied der Redaktion des „Vorwärts“ hatte eine Unterredung mit dem Vertreter Sowjetrußlands in Berlin Wigodow Kopp. Dieser betonte, die gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland seien mit der Erledigung der Gesandnenschaftsfrage nicht erschlüssig. Rußland wüßte, mit Deutschland möglichst schnell zur Aufnahme wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu kommen. Herr Kopp erklärte Kopp: „Ein Austausch von Waren gegen Geld wäre bei den heutigen Verhältnissen das denkbar beste Prinzip sein, auch Deutschland gegenüber.“ — Zur Frage der Auswanderung von Deutschen nach Rußland hob Kopp hervor, in erster Linie kämen Facharbeiter in Frage, während Bauern nicht gerade freudig begrüßt werden würden. Rußland wolle sich durchweg nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen. Das würde nur die freundschaftlichen Beziehungen, die Rußland zu Deutschland anstrebe, verderben.

40 000 Grippekranken in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Der „Morgen“ berichtet, daß die Zahl der Grippeerkrankungen auf 40 000 gestiegen ist. Die Krankenanstalten sind überfüllt, jedoch sich die Epidemie immer weiter ausbreitet.

Die nächsten Wahlen in Rußland.

Sankt Petersburg, 22. Febr. Drahtlos wird aus Moskau berichtet, daß die „Sowjetka“ die Bedingungen für die nächsten Sowjetwahlen mitteilt. Danach sind nur Arbeiter beiderlei Geschlechts und jeder Nationalität über 18 Jahren wahlberechtigt. Die Arbeitgeber und überhaupt alle Personen, die von der Arbeit anderer leben, wie solche Personen, die von Rent u. s. w. leben, haben kein Wahlrecht.

Die Vorgänge in Ungarn.

Budapest, 21. Febr. Ung. Corr. Büro. Ein in der Nationalversammlung eingebrachter Entwurf bestimmt, daß die gesetzgebende Gewalt von der Nationalversammlung ausgeht und die Ausführung der Politik eines Reichsverwesers soll die Exekutivgewalt von einem der Nationalverwaltung verantwortlichen Ministerium ausgeübt werden. Zur Verteidigung des Landes und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung wird eine auf die ungarische Verfassung verordnete Armee errichtet. Die Nationalversammlung wählt in geheimer Abstimmung bis zur endgültigen Regelung der Gewalt des Staatsoberhauptes aus der Mitte der ungarischen Staatsbürger einen Verweser.

Betriebsratswahlen.

F. A. Wir sind uns darüber klar, daß das neue Gesetz unzulänglich ist, aber trotzdem darf kein freigebergesellschaftlich gesinnter Arbeitnehmer bei den kommenden Wahlen etwa schamlos bei Seite stehen und die zu bildenden Betriebs- und Angestelltenräte so ihrem Schicksal überlassen. Im Gegenteil, wir wollen und müssen zeigen, daß die Anwendung und Auslegung des Wortlautes der Bestimmungen allein von dem Geiste abhängt, der die zu wählende Betriebsvertretung besetzt. Gerade

die Mängel der gesetzgeberischen Arbeit zwingen uns in erheblichem Maße eine strenge Auswahl der Kandidaten zu treffen. Soll die wirtschaftliche Macht aller Arbeitnehmer in Zukunft erstarken, so dürfen die Sitzungen der Betriebsvertretung unter keinen Umständen politische Agitationsveranstaltungen werden. Sachkundige, freigebergesellschaftliche Ueberzeugungsarbeiten und ausgeprägte Willensstärke müssen die unerlässlichen Voraussetzungen sein, um gegenüber dem immer mehr realitäre werdenden Unternehmertum die verantwortungsvolle Tätigkeit eines Betriebsratsmitglieds erfolgreich ausüben zu können. Wenn wir ferner an die vielen unklaren und zweideutig gehaltenen Paragraphen denken, so müssen wir uns sagen, daß die Besetzung, wie sie sich durch die erste Wahl ergibt, unzweifelhaft für die ganze künftige Ausgestaltung der Betriebsvertretung und damit für unser ganzes kommendes Wirtschaftslieben von entscheidender Bedeutung ist. Die Regierungsvorlage hat wie der Reichsarbeitsminister am 14. Januar ds. J. ausdrücklich betont, an manchen Stellen die Materie wenig ausführlich behandelt, weil man der Entwicklung hier Spielraum lassen will.

Noch deutlicher wird die Erläuterung der Gesetzesvorlage dort heißt es, „es lassen sich für die Betriebsräte noch weitere Aufgaben und weitere Befugnisse denken, als die im Gesetzentwurf angeführt sind.“ Es steht dem auch nichts im Wege, daß solche vom Arbeitgeber freiwillig eingeräumt oder auch durch Tarifvertrag gerundet werden.“ Wir sehen also auch hier, daß die Befugnisse der Betriebsräte in wirtschaftlichen Fragen sehr wohl gegenüber den im Gesetz festgelegten Begrenzungen von uns erweitert werden können, wenn wir nur stark genug sind, uns solche Verbesserungen zu erkämpfen. Die erste Zusammensetzung der Betriebsräte wird also geradezu zur Schlüsselfrage der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft. Wir dürfen wohl annehmen, daß gerade deshalb von sämtlichen freigebergesellschaftlichen Angestelltengruppen unter der Parole:

„Die Freiheit und dort Anrecht!“

in schärfster Weise gegen die Harmonieverbände Stellung genommen wird.

Schon heute versuchen ja diese Harmonieverbände unter der Parole „Einigkeit“ gemeinschaftliche Listen aller Verbände ohne Unterschiede ihrer wirtschaftlichen Richtung aufzustellen. Unter allen möglichen schmuckhaften Namen, bald als „Gewerkschaftsbund der Angestellten“, bald als „Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten“, ja sogar als „Gesamterverband der Angestelltenvereinigungen“ versuchen diese Listen der Reaktion zu ihren Gunsten Beschäftigte zu machen. Aber auch das umgehängte gewerkschaftliche Mäntelchen wird die gesamte freigebergesellschaftliche Angestelltenchaft über diese Machinationen der unter falscher Färbung stehenden Gewerkschaftsbünde nicht im Unklaren lassen. Die überwiegende Mehrzahl aller Arbeitnehmer ist heute glücklicherweise soweit geschult, um selbst erkennen zu können, daß nur die freien Gewerkschaften die Gewähr für eine zureichende Arbeitnehmervertretung bieten. Wir wissen, wie gerade in den letzten Wochen und Tagen diese Gewerkschaftsbünde einen Kampf um die Betriebsräte geführt und bald hündlich ihre Fahne nach dem Wind gebracht haben. Den Führern dieser Gewerkschaftsbünde haben wir es in der Hauptsache zu verdanken, daß das Mitbestimmungsrecht preisgegeben wurde. Diese befürworteten ferner die Streichung des Einspruchsrechts bei Einstellung, des Abberufungsrechts ungewählter Betriebsräte und die Entziehung der Kleinbetriebe

Der Hauptredner dieser Harmonieverbände, der sattem bekannte Gewerkschaftsbundler Abgeordneter Schneider, Sachsen, der ja aus seiner kapitalistischen Vertretung in seinem Vortrag über das Betriebsrätegesetz vor einigen Tagen in der Festhalle in Karlsruhe die Arbeitnehmerchaft Karlsruhes nicht im Unklaren ließ, vertheidigte a. A. die Harmonieverbände gegen die berechtigten Kritik des Reichsarbeitsministers und sah in der Hauptsache seine Aufgabe als Angestelltenvertreter in der ausschließlichen Bekämpfung der Forderungen der freigebergesellschaftlichen Angestelltenverbände. Ihm und den in den Gewerkschaftsbünden organisierten Angestellten hat die gesamte Arbeitnehmerchaft vor allem die Verschlechterung des Gesetzes im Ausschluß der Nationalversammlung zu verdanken. Es liegt eben auch in dem in der Festhalle zu Tage getretenen zweipoligen Charakter dieser Verbände, die eine reine Arbeitnehmergewerkschaftspolitik ablehnen, begünstigt, daß sie infolge ihrer zwangswelken Rücksichtnahme auf die kapitalistischen Unternehmerinteressen immer wieder gegen das eigene Verbandsprogramm handeln müssen. Die gesamte Arbeitnehmerchaft verlangt aber, daß alle Mitglieder eines erfolgreichen Betriebsrates eine starke und unabhängige Gewerkschaft als Rückhalt haben.

berien, Goldfittern und bunten gerollten Papierstreifen, flachten zwölf Pergamentblättern, auf denen je der Name eines Heiligen geschrieben stand. Unter denselben befanden sich in Silber gefasste Knochen splitter der auf dem Wäldchen benannten Heiligen. Zahl stachen die roten und weißen aus all dem Glitzer, ehrsüchtgebietende Stücklein von einem Dukend heiliger Leiden, an Tod und Seelenheil mahnend. Einige kerzenbesteckte Messingaleuchter und eine Anzahl frommer Porzellanstatuetten vervollständigten den Hausaltar, die Kirche im Haus. Das Bewußtsein, etwas Heiliges im Heim zu besitzen, gab dem Pledchen über der Kommode besondere Weihe.

Der alte Straffer sah in seinem Rehnstuhl am Fenster und sah dem Holzmacher zu, der vor dem Hause mit Hilfe seiner Frau Buchenscheiter zergeigte. Er war dick, sehr rund und gemästet worden in den fünf Jahrzehnen, die er jetzt privatisierte. In seinem Frieden glänzte sein glattrasiertes Gesicht. Ringelnd späten seine unter Fettnulzen verschwimmenden Augen die Straße entlang. Auf dieser kamen nun ganz langsamen Schrittes drei dicke alte Männer gegangen. Sie trugen die Hände auf dem Rücken verchränkt und waren halb städtisch, halb wie Bauern gelehdet. Wie der Straffer die drei von weitem sah, rief er seine Alte aus der Küche. Die zog ihm weite, wattgefüllte Schuhe an, denn mit dem Rücken wars bei ihm vorbei und half ihn in den Hof, reichte Gut und Stof. Dann zwangte er seine zweieinhalb Zentner die Treppe hinunter vors Haus, winkte den dreien, ein „Griach Gott“ brummen, zu und schweigend trambelten sie langsam miteinander weiter. Manchmal blieb einer zurück und schnaufte tief auf. Wenn die anderen das merkten, blieben sie unschuldig stehen und warteten bis der Summe nachkam. So gingen sie, schier die ganze Straßengröße für sich in Anspruch nehmend, bis zu einer Linde vor dem Städtchen, um deren dicken Stamm eine massive Bank gezimmert war. Dort nahmen sie aufschmankend und feingehend Platz. Der Oberkörper füllte zum Platen voll die Kleider. Jeder zog seine Porzellanpfeife aus der Tasche und stopfte sie mit billigen Grobtabak. Der Straffer schlug mit Stahl und Stein Feuer und legte den glimmenden Zunder sorgfältig auf den Tabak.

(Fortsetzung folgt.)

Kriegsteilnehmer! Werdet zu Anklägern!

Sühne für die Schandtat im Kriege.

Soldaten! Sorgt dafür, daß die Kriegsverbrecher bekannt und gefast werden.

Seinase zu gleicher Zeit ist von einem deutschen und von einem französischen Kriegsteilnehmer öffentlich zu einer Aktion aufgefordert worden, von der man nur wünschen kann, sie möchte mit Erfolg begleitet sein. Es handelt sich um die Aufklärung an die Kriegsteilnehmer, alle die Kriegsteilnehmer namhaft zu machen, denen man Verbrechen und Schandtat nachweisen kann. Natürlich dürfte keine Rücksicht genommen werden, ob es sich um Verbrecher aus dem Offiziers- oder Mannschafsstande handelt. Besonders Augenmerk wäre allerdings auf solche Kriegsteilnehmer zu nehmen, die als Vorgesetzte die Verübung von Schandtat befahlen, oder die die Macht, die ihnen ihre Stellung gegeben hat, zur Verübung von Verbrechen mißbraucht haben. Unter der Ueberschrift „Sprecht“ veröffentlicht Genosse P. Haupt (Braunschweig) in der „Soz. Korrespondenz“ einen offenen Brief an die ehemaligen Feldgrauen, in dem es heißt:

Wir haben geschwiegen, so lange die Auslieferung drohte. Jetzt ist es Zeit zum Reden. Als Feldgrau, die vier Jahre lang mitgekämpft und mitgelitten haben unter dem brutalen Militärsystem des wilhelminischen Deutschland, mit geweihten Wunden von den Herren und „Helden“ dieses Systems.

Wir haben geschwiegen. Mühen schweigen, so lange das Damoklesschwert der Auslieferung über den Deutschen hing, so lange die jedem Rechtsgefühl Hohn sprechenden Forderungen der Feinde den Kriegsheldern und Kriegsveteranen willkommene Feuer schürten, auf dem sie ihre Paradeschlachten. Den Deutschen gab das die schönste Freiheit, das deutsche Volk in einen Hüllensumpf von Lüge und Verleumdung einzunehmen, aus dem alle die, gegen die sich die Empörung der Feldgrauen richtete, als hoch zu verehrende Märtyrer emporgelien sollten.

Jetzt aber rufen wir in voller Offenheit den alldeutschen Kriegsverbrechern und einer ganzen Anzahl der in ihrem Geiste erzogenen Offiziere zu: Wir haben mit Euch nichts gemein! Ihr seid Kriegsverbrecher. Es ist eine Lüge, daß es in Deutschland keine Kriegsverbrecher gibt. Es ist eine ungeheuerliche Verleumdung, daß alle Offiziere, Militärärzte, Militärbeamte, Unteroffiziere usw. nur selbstlos ihre Pflicht getan hätten. Wir ehemaligen Feldgrauen stellen aus eigener Erfahrung fest: Nie ist frevelhafter mit Menschenleben und Menschenglück gespielt worden, nie ist leistungsfähiger und brutaler mit dem einfachen Soldaten verfahren worden als seitens vieler deutschen Offiziere, Militärärzte und Beamte während dieses Weltkrieges. Nie ist das schäblichste menschliche Recht brutaler mit Füßen

getreten worden als in dem deutschen „Volksherr“ des Weltkrieges!

Soll alles ungeführt bleiben? Kameraden, selbst wenn wir nicht alle alten Geschichten aufrühren wollen, wir müssen die Wahrheit an den Tag bringen. Wir sind es unsern Frauen und Kindern schuldig, ihnen das Gesicht des „großen“ Krieges in seiner ganzen ekelerregenden Nacktheit zu zeigen, damit sie nicht blind in dieselben Fesseln taumeln, die wir gerissen haben, nachdem wir uns das Fleisch zerschneiden hatten, um die neu zu schmieden sich alle die bemühen, die uns einst unerhört gepeinigt haben.

Gleichzeitig hören wir aus Frankreich, daß Pailant Gouvier in sozialistischen „Populären“ alle diejenigen Kameraden auffordert, die nach die Genesalten im Gedächtnis haben, die an französischer Seite auf Befehl begangen wurden, diese mitzuteilen, damit er sie veröffentlichen könne. Er selbst habe Offiziere gekauft, die sich rühmten, deutsche Gefangene niedergeschossen zu haben, um ihr Revolver zu drücken. Ihr habt alle die feindlichen, von unsern schwarzen Soldaten zerstückelten Leichen gesehen. Ihr habt auch selbst gesehen, mit welcher Befriedigung die Weissen davon sprachen, die sie zum Angriff führten. Ich kenne die Namen von französischen Kommandanten, die in einer Schlacht deutsche Kriegsgefangene, die entwaflnet waren, fesseln ließen und die für diese Tat eine Beförderung erlangten. Ich kenne einen Reiter, der von seinem Pferde gesprungen war, um mit seinem Revolver einen Bayern niederzustrecken, der unter guter Bewachung in einer Schlucht vor ihm her ging. Ich habe auch gesehen, wie man Verwundete getötet hat. Und habt Ihr nicht die Vitriolgranaten gekannt? Welcher Infanterist hat bei uns nicht die Patronen abgeschossen oder umgedreht? Diese Taten müssen klassifiziert werden. Wir müssen beweisen, daß keine Art zu tötend und fremd war. Wenn wir das tun, dann werden wir wieder die Deutschen, nach die Tücken, nach die Vulgaren rein, sondern wir nehmen nur einen Anteil an der

„rühmreichen“ Schweinerei.

Wir verlangen schon seit langem für die Schulbigen aller Länder ein internationales Gericht, zusammengesetzt aus Arbeitern und ehemaligen Soldaten.

Wir freuen uns, daß nunehr auch ein französischer Sozialist den Mut gefunden hat, gegen die Kriegsverbrecher im eigenen Lande vorzugehen. Hoffentlich findet seine Aufforderung bei der französischen Arbeitererschaft Zustimmung. Dann kann haben und drücken eine Bewegung zustande kommen, die mit einem reinigenden Gewitter zu vergleichen ist.

Badische Politik.

Beträchtliche Erhöhung der Kirchensteuern.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs, die Aenderung des Orts- und Landeskirchensteuergesetzes betr., nahm die Verfassungskommission des Landtages einen Antrag des Oberbürgermeisters Mayer-Karlsruhe einmütig an, der eine Erhöhung auf 5 1/2 Vermögenssteuer und an Einkommensteuer 80 vom Hundert vorschlägt. Er bringt der evangelischen Kirche den Steuerbetrag von insgesamt 8 275 408 M., der katholischen Kirche von 6 402 266 M. — Die Sozialdemokratie stimmte dem Antrag Mayer um deswillen zu, weil die zur Zeit noch gewährten Dotationen des Staates um so rascher wegfallen können, als den Kirchengemeinschaften selbst genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Die Sozialdemokratie wollte überhaupt keine Begrenzung des Steuerrechts der Kirche; sie hatte deshalb noch den Antrag gestellt, den Absatz 2 des Ortskirchensteuergesetzes und den Artikel 15 des Landeskirchensteuergesetzes, welche die Steuerlast der Kirchengemeinschaften auf gewisse Prozente begrenzen, zu streichen. Der Antrag wurde leider von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das Ziel der Sozialdemokratie war die Herstellung des Zustandes: freie Kirche im freien Staat! Dann ist der Wegfall der staatlichen Dotation eine Selbstverständlichkeit.

Die Neuregelung der Feuerungsbeihilfen in Baden.

In der Mittwochsitzung des bad. Landtags machte der Finanzminister die Mitteilung, daß die Feuerungsbeihilfen neu geregelt worden seien. Aus dem jetzt vorliegenden 8. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan sind die genauen Zahlen zu entnehmen. Die Regierung schlägt vor, für die Monate Januar, Februar und März 1920 neben den bisherigen Feuerungsbeihilfen folgende Monatsbeträge zu bewilligen: Den verheirateten Beamten 800 M. und den ledigen Beamten 250 M. Die sogenannten Feuerungsbeihilfe wird vom 1. Jan. ab nur den verheirateten Beamten mit Kindern gewährt, und zwar unter Abzug des für kinderlos verheiratete vorgesehenen Grundbetrags. Ledige und Verheiratete ohne Kinder erhalten von dem dem Zeitpunkt an keine Feuerungsbeihilfe. Mit Wirkung vom 1. April 1920 werden die Feuerungsbeihilfen für die gesamte Staatsverwaltung in Verbindung mit der neuen Besoldungsrechnung weiter geregelt. Den Ruhegehalts- und Versorgungsbeihilfen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an statt der sogenannten Feuerungsbeihilfen Zuschläge zu ihren Ruhe- und Versorgungsgehalten zuteil werden, die betragen: 1. Für die verheirateten Ruhegehaltsempfänger ohne versorgungsbedürftige Kinder jährlich 3600 M., 2. für ledige verwitwete oder geschiedene Ruhegehaltsempfänger ohne Kinder, ferner für Beamtenwitwen jährlich 3000 M., 3. für jedes Kind jährlich 600 M. und 4. für Wollwaisen jährlich 1200 M.

Das badische Ausführungsgesetz zum Reichsiedelungsgesetz.

Dem badischen Landtag ist jeben der Entwurf des badischen Ausführungsgesetzes zum Reichsiedelungsgesetz zugegangen. In dem Gesetzentwurf wird u. a. bestimmt, daß der in Baden gelegene landwirtschaftlich genutzte Grundbesitz einer Person zu Siedelungszwecken gegen Entschädigung insoweit enteignet werden kann, als er 100 Hektar übersteigt. Die Enteignung von forstwirtschaftlich benutztem Grundbesitz zu Siedelungszwecken ist ohne Rücksicht auf die Größe zulässig. Bei der Festsetzung der Entschädigung dürfen Berücksichtigungen, die auf außerordentliche Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden. Weiterhin wird bestimmt, daß das Arbeitsministerium den Gemeinden, Kreis- und Bezirksverbänden oder gemeinnützigen Unternehmungen das Recht zur Stellung des Antrages auf Enteignung von Grundstücken übertragen darf. Das bad. Ausführungsgesetz zum Reichsiedelungsgesetz (vom 11. August 1919) wurde erlassen, weil die Bestimmungen des Reichsiedelungsgesetzes in der Hauptsache auf die Verhältnisse des Nordens und Ostens von Deutschland zugeschnitten sind und die darin gegebenen Möglichkeiten für die Gewinnung von Siedelungsland für die badischen Verhältnisse nicht ausreichen. Die Durchführung der nach dem Reichsiedelungsgesetz den ge-

meinnützigen Siedelungsunternehmen zukommenden Aufgaben soll der im Sommer vorigen Jahres gegründeten Badischen Siedelungs- und Landbank übertragen werden, die jetzt über ein Stammkapital von nahezu 3/4 Millionen Mark verfügt. Die Bank wird bei den Siedelungen in erster Linie Kriegsteilnehmer berücksichtigen. An ihrem Kapital sind der badische Staat mit 2 Mill. Mark, die Landwirtschaftskammer mit 1 Million und mit dem Rest die Kreise, Städte und landwirtschaftlichen Vereinigungen beteiligt. Der im Juli vorigen Jahres dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf über die Enteignung von Grundstücken zu Siedelungszwecken, der in seinen Hauptpunkten durch das Reichsiedelungsgesetz illusorisch geworden ist, wurde von der Regierung zurückgezogen.

Sozialisierungsbestrebungen in der Baustoffindustrie.

Zugende Zuckersüß, die wir nach der Form ihrer Ueberartung, wenn auch nicht für amtlich, so doch als von maßgebender Berliner Stelle stammend betrachten müssen, geht uns heute zu: Scheinbar ermutigt durch die glänzenden wirtschaftlichen Leistungen der Starisbetriebe glänzt die badische Industrie ohne Anbörderung der beteiligten Industrieleute die Hebung der Baustoffherzeugung einzig und allein auf dem Wege der Verstaatlichung dieser Betriebe ermöglichen zu können. Die Regierung war bisher nicht in der Lage, die der badischen Regierung von Reichs wegen Kontingenzmäßig auf dem Papier zugewiesene Kohlenmenge in Wirklichkeit zuzuführen, und es ist fonnklar, daß aus Staatsbetrieben nicht im Sandumdrehen die technischen Kräfte für die Leitung einer solch ausgedehnten, über das ganze Land verbreiteten Industrie zur Verfügung stehen. Die natürliche Folge dieses Versuchs wird also ein völliger Stillstand aller betroffenen Betriebe ergeben. Soll der letzte Rest der in Baden durch die persönliche Initiative der Fachleute besonders hochentwickeltesten Industrie durch Schaffung weiterer Verwaltungen für Staatsangestellte vollends zum Erliegen kommen?

Wir hätten unter andern Umständen diese Aufschrift nicht weiter beachtet, denn sie trägt offenbar die Urheberchaft — Kreise der Baustoffindustrie — an der Stirn. Aber, wie gesagt, die Art der Uebermittlung nötigt uns, die Aufschrift wiederzugeben und der Öffentlichkeit und der badischen Regierung zur Kenntnis zu bringen; die Regierung wird sich wohl dazu äußern müssen. Sollte das Privatkapital dahinterstehen, was wir vermuten, so läge vier wieder einmal ein Musterbeispiel von der Schrubellosigkeit und der Raffinerie vor, mit der jene Kreise für ihre Geldsachinteressen arbeiten.

Der Anbau von Tabak im Jahr 1920. Das Ministerium des Innern hat folgendes angedeutet: Der Anbau von Tabak ist im Jahre 1920 nur denjenigen Landwirten gestattet, die im Jahre 1916 Tabak gepflanzt haben und in der Lage sind, sich ihre Wirtschaftsangehörigen aus den Erträgen ihres Betriebes mit Weizen und Kartoffeln selbst zu versorgen und das erforderliche Saatgut zu ziehen. Wer hiernach zum Anbau von Tabak berechtigt ist, darf im Jahre 1920 keine größere Fläche als im Jahre 1916 mit Tabak anbauen. Wer Tabak anbauen will, hat dies dem Bürgermeisteramt unter Angabe der Größe der vorzuziehenden Fläche anzuzeigen. Wer Tabak anbauen, hat keinen Anspruch auf Versorgung mit Weizen und Kartoffeln durch den Kommunalverband.

Der Badische Landtag hält am Donnerstag, den 26. Februar nachmittags 3 Uhr seine nächste Sitzung ab. Die Tagesordnung lautet: Zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Aenderung der Gebaltsordnung; Bericht und Beratung über den 8. Nachtragsetat; Beratung des 7. Nachtragsbetats sowie eine Reihe Interpellationen.

Die Redaktionskündigung. In der Frage der Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Bismarck nahm eine Versammlung der Mannheim im Technikerverein eine Entscheidung an, in welcher die Führung des Neckarbauauftrags von Rheinau aus als die einzige Lösung, die den wirtschaftlichen Be-

dürfnissen Rechnung trägt, bezeichnet und die Ainführung Rheinau-Geidelberg gefordert wird.

Die Bauern und die Reichstagswahlen. Der vorläufige geschäftsführende Vorstand des Badischen Bauernverbandes, in dem der Badische Bauernbund (Sitz Karlsruhe) und der Verein kleiner und mittlerer Landwirte (Sitz Freiburg) aufgegangen sind, ersucht seine Bezirks- und Kreisorganisationen, für die bevorstehenden Wahlen mit keiner politischen Partei oder einer anderen Organisation irgend welche Abmachungen zu treffen. Die Stellung des Badischen Bauernverbandes in Wahlangelegenheiten soll von der Landesversammlung der Bezirks- und Kreisverbänden einheitlich geregelt werden.

Aus der Partei.

Außerordentliche Landeskonferenz der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Badens.

Am Samstag fand in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Genossen Beech eine außerordentliche Landesversammlung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Badens statt, der Vertreter des ganzen Landes beizwohnten. Ueber Beamten und Sozialismus referierte Genossin Postbeamtin Anders; sie wies in ihrem Referate auf die Besorgnungen der Beamten im alten Staat hin und stellte den die Bewirkung einer Reihe Beamtenforderungen durch die Revolution gegenüber. Doch bleiben immer noch viele Wünsche für die Zukunft offen; so muß vor allem die Zurückführung der Frau schwinden usw., es wird die kommende Aufgabe sein, den Staat so aufzubauen, daß in ihm Freiheit, Gleichheit und Zufriedenheit wohnen, wozu die Verbindung von Sozialismus und Beamtenschaft nötig ist. In der Diskussion über das Referat kam vor allem zum Ausdruck, daß die Meinungsfreiheit der Beamten auch heute noch vielfachen Unterdrückungen ausgesetzt und insbesondere die sozialistische Ueberzeugung verpönt wird. Ein Antrag auf Abfassung einer Zusammenstellung der Forderungen der Beamten seit 1919 wird angenommen; das Material ist der Landtagsfraktion zur Verfügung zu stellen. — Der zweite Referent Genosse Müller-Red-Vieltheim behandelte das Thema Zukunftsaufgaben der Arbeitergemeinschaft. Nach einem Rückblick auf die jüngste Entwicklung des geistigen und politischen Sozialismus wandte er sich der Notwendigkeit zu, das deutsche Volk zu einem wirklich republikanischen Volke zu erziehen. Wichtigste Forderung ist dabei die Schaffung eines tatsächlich republikanisch gesinnten Beamten- und Verwaltungskörpers. Deshalb müssen die sozialistisch gesinnten Beamten und Beamten als Stützen der Republik zu den entsprechenden Stellen herangezogen werden. Zunächst ist deshalb die Schulung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter im wissenschaftlichen Sozialismus und in praktischen Verwaltungsfragen nötig. Größte Aufmerksamkeit ist hierbei auch der Entwicklung und dem Ausbau der Zeitschrift „Schmiede“ beizumessen. Wir müssen alles tun, um Kopf- und Handarbeiter zu vereinen; denn nur hierdurch ist der Vollzug des Sozialismus möglich. Anschließend hieran referierte Genosse Eisenbahnschreiber Beech-Karlsruhe über die immer härter werdende Bewegung und die Richtlinien der sozialistischen Geistesarbeiter. Vor Eintritt in die Diskussion ging Genosse Thomas von der Zentralarbeitsgemeinschaft der Beamten bezgl. vom Parteivorstand in Berlin auf das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Beamtenschaft ein, in dem er die Eingliederung der sozialistischen Beamten in den Rahmen der Parteiorganisation bei Schaffung von besonderen Werbeausstatten und Beratern befürwortete. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Anregungen von Gen. Thomas hinsichtlich der Eingliederung der Arbeitergemeinschaft in das Parteipatrat dem Landesgeschäftsaus- schuß zur Beschlußfassung zu überweisen.

Gagelsfeld, 19. Febr. Der sozialdemokratische Verein hielt am letzten Freitag eine Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Republik und Reaktion. Als Redner erschien Gen. Funf aus Karlsruhe, der das Thema in klarer und verständlicher Weise behandelte. Am Schluß seiner Ausführungen richtete er an unsere Mitglieder einen kräftigen Appell, daß sie sich an den Arbeiten für den Wahlkampf recht tatkräftig beteiligen möchten, damit der Sieg der Sozialdemokratie gesichert ist. In der Diskussion nahmen die Genossen sehr regen Anteil; zu wünschen wäre nur, daß sich unsere Mitglieder, sowie die Leser der Parteipresse für den nächsten Vortrag mehr interessieren würden.

Genossenschaftsbewegung.

Es geht vorwärts!

Einen zeitgemäßen Beschluß fahien die Mitglieder des Konjunkturkreises für Sulzfeld und Umgebung. Eine am 1. Februar stattgehabte außerordentliche Mitgliederversammlung genannter Genossenschaft hat nach einem Vortrage des Herrn Biegler-Durlach einstimmig beschlossen, die Selbständigkeit anzugehen und sich dem Konjunkturverein Breiten und Umgebung anzuschließen. Letztere Genossenschaft befindet sich in einem glänzenden Aufschwunge. Mit der Eröffnung einiger Verkaufsstellen in der Umgebung von Breiten sehen wir die Entwicklung einer landlichen Konjunkturgenossenschaft zu einer Bezirksorganisation, deren Tragfähigkeit durch den Anschluß bereits bestehender Organisationen gestärkt und gefördert wird. Der Gedanke des Zusammenchlusses ist in Genossenschaftskreisen seit Jahren Gegenstand lebhafter Diskussion und deren praktisches Ergebnis, eine immer strenger sich auswirkende Zentralisation, durch diese wird erreicht, daß die Konjunkturgenossenschaftsbedarfbedeutung immer weiteren Schichten der Bevölkerung auch auf dem Lande ermöglicht wird. Mit welchem Erfolge die Konjunkturgenossenschaftsbewegung fortgeschritten, lehren uns einige Zahlen der Konjunkturgenossenschaft „Rundschau“, dem Organ des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine. Letzterer gehörten Ende 1919 1127 Vereine als Mitglieder an, und haben diese einen Mitgliederstand von rund 2 300 000. Die Mitgliederzahl sämtlicher deutscher Konjunkturvereine betrug Ende 1919 rund 3 200 000, und da die Mitglieder fast durchweg Haushaltungsvorstände sind, so repräsentiert jedes Mitglied eine Familie, d. h. die Gesamtheit der Konjunkturgenossenschaftlich erfassten Volksgenossen beträgt somit 13-16 Millionen, mit anderen Worten: Der vierte Teil des deutschen Volkes ist Konjunkturgenossenschaftlich organisiert.

Gemeindepolitik.

Das Feuerlöschwesen in den Gemeinden. Die Berichte der Bezirksämter und der Landeskommissare über die Feuerlösch-einrichtungen in den Gemeinden haben das Ministerium des Innern veranlaßt, den Behörden eine Durchsicht, um, wo sich ein Bedürfnis herausstellt, eine Aenderung in den Bezirks- und ortspolitischen Vorschriften über das Feuerlöschwesen vorzunehmen. In denjenigen Gemeinden, in denen eine Feuerlöschordnung noch nicht besteht, sollte eine solche erlassen werden. Das soll im Benehmen mit den Bezirksfeuerlöschinspektoren und mit den Kommandanten der freien Feuerwehren geschehen. Die Bezirksämter wurden besonders angewiesen, die Sache der freiwilligen Feuerwehren zu fördern, deren Bedeutung vom Ministerium nicht verkannt wird.

Aus dem Lande.

Neul, 22. Febr. Die beim hiesigen Stationsante als Aushelferin beschäftigt gewesene 29jäh. Elise Schludeder hat ihren Tod im Rheine gesucht und gefunden.
Bonnorf, 22. Febr. In Voll brach in dem Bauernhaus des Friedrich Seebacher ein Brand aus. Das ganze Haus erannte nieder. Viele Erntevorräte, Hafer und Heu, und ein Schwein im Salz sind mitverbrannt, ebenso auch die Fahrnisse. Das Vieh konnte gerettet werden.
Ortshaus bei Esenburg, 22. Febr. Im Gottsmaße wurde die sogenannte Landtagsseide gefällt. Sie mißt ungefähr 8 Festschwerer und dürfte etwa 800 Jahre alt sein. Der Wert soll etwa 20.000 M betragen.
Freiburg, 22. Febr. Im Zinken Frickau bei Unterbrechtal ist das große Anwesen des Landwirts Becherer vollständig eingeeicht worden. Es konnte nichts gerettet werden; auch der gesamte Viehbestand mit 11 Stück Großvieh, einem Pferd und sämtlichen Schweinen fiel dem Feuer zum Opfer.
Weidheim bei Reuzingen, 21. Febr. Der 55jäh. Wiesgrubenbesitzer und Landwirt Karl Hauf von Herbolzheim, Vater von neun Kindern, geriet unter seinen mit Laubstreuen bedeckten Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.
Eberbach, 20. Febr. Ein Metzgerlehrling wurde im Stalle seines Prinzipals von einem Pferd gegen den Leib getreten. Der Unglückliche starb nach einigen Stunden, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Postverkehr mit dem besetzten Gebiet. Im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit dem Brückenopfergebiet von Neul gelten fortan die gleichen Vorschriften, wie bei den besetzten deutschen Rheingebieten. Briefsendungen und Zeitungen werden nicht mehr in Straßburg, sondern nur noch stichprobenweise im Brückenopfergebiet selbst kontrolliert. Die Ueberführung eines Briefstückes der in das Brückenopfergebiet eingehenden Zeitungen, Zeitschriften und Proschriften wird von dem Brückenopferkommandanten in Neul nicht mehr beantragt.

Einreise in das Saargebiet. In den neuen Verkehrsbestimmungen für das Saargebiet ist vorgesehen, daß zur Einreise von unbefestigten Deutschen in das Saargebiet ein sogenanntes Personalausweis oder Reisepasse, der entweder von den entsprechenden Militärbehörden (den kommandierenden Generalen der Besatzungstruppen) nach eingeholter Genehmigung des Generals, als Obersten Verwalter des Saargebietes oder unmittelbar vom Obersten Verwalter ausgestellt wird, bedarf. — Um den rechtserheischen Handel- und Gewerbetreibenden die Möglichkeit zu geben, in beschleunigter Form die Einreiseerlaubnis nach dem Saargebiet zu erreichen, wird sich die Handelskammer zu Saarbrücken als Vermittlungsstelle zur Verfügung halten. Das Verfahren würde sich so gestalten, daß der Reisepass an diese Handelskammer ausgefüllt und mit Photographie versehen eingereicht wird, daß sie die Genehmigung eingeholt und den Pass an den Inhaber durch die Post zurückgehen läßt. Die Handelskammer zu Saarbrücken wird allerdings Wert darauf legen müssen, daß die Geschäftsteller sich durch eine Bescheinigung ihrer zuständigen Handelskammer als ernsthafte deutsche Handels- und Gewerbetreibende ausweisen.

Tabakdiebe. Eine Anzahl Duzchen aus Neustrelitz stahlen in der Nacht zum 14. Oktober in der Zigarrenfabrik von Engelhardt u. Fricke in Neustrelitz Tabak. Es fielen ihnen zwei Ballen ausländischen Tabaks im Gewichte von 180 Kilo und im Werte von 14.000 M in die Hände. Den Tabak veräußerten sie an den Kaufmann Georg Hügel II von Freistadt und den Kaufmann Friedrich Lader ebenfalls von Freistadt. Die Diebe wurden zu Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Monaten verurteilt. Fr. Lader und Georg Hügel erhielten wegen Vergehens gegen die Hochtabakverordnung Geldstrafen von je 2000 M.

Die Fliegerangriffe auf Freiburg. 4. Freiburg, 20. Febr. In der Gesellschaft für Geschichtsforschung gab Oberst Solms in einem Vortrag eine chronologische Darstellung über die auf Freiburg erfolgten Fliegerangriffe während des Krieges. Im ganzen griffen die feindlichen Flieger zwischen dem 4. Dezember 1914 und dem 22. Oktober 1918 die Stadt Freiburg 24 mal an, wobei zusammen 289 Bomben, darunter 24 Blindgänger, abgeworfen wurden. Die explodierenden Bomben verursachten den Tod von 28 Menschen, außerdem wurden 24 Personen schwer und 70 leichter verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist auf rund fünf Millionen Mark zu veranschlagen. Der verhängnisvollste Tag war der 14. April 1917, an dem ein englisches Luftschiff die Stadt zweimal bombardierte. Nach der Art der Abwürfe ist man zu der Anschauung gekommen, daß die gemerischen Flieger ihr Augenmerk auf die nach ihrer Meinung strategisch wichtigen Punkte in und um Freiburg richteten, dagegen das hochtragende Wahrzeichen der Stadt, das Münster, zu schonen bemüht waren. Bei einzelnen Fliegern sei aber festzustellen gewesen, daß sie aus einem hemmungslosen Vergeltungstrieb heraus, vor keiner Zerstörung, auch nicht vor der von Raquettes zurückschreckten.

Aus der Stadt.

Wichtige Erhöhungen der Gas-, Wasser- u. Strompreise. Dem Bürgerausschuß sind Beschlüsse des Stadtrats vom 12. und 19. Februar d. J. zugegangen, die große Erhöhungen der Gas-, Wasser- und Strompreise bedeuten und die weit über die letzten, im August d. J. beschlossenen Erhöhungen hinausgehen. Seit dieser Zeit haben sich die Aufwendungen für Arbeitslöhne und Gehälter verdoppelt, diejenigen für Rohstoffe sind bis jetzt auf das 2 1/2fache gestiegen und werden fortgesetzt weiter steigen. Deshalb soll die Neuregelung auch nur vorläufig und zwar bis 31. März 1921 gelten. Von nun an sollen nicht feste Sätze in Anwendung kommen, sondern die Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom aus den städtischen Werken, sowie die andern damit zusammenhängenden Gebühren werden mit Wirkung vom 1. Januar unter Zugrundelegung der schwankenden Kohlenpreise nach einem besonderen Schlüssel berechnet. Die Preise werden sich danach gegenwärtig wie folgt stellen:
Gas: 1 Kubikmeter Leucht-, Koch- und Heizgas 0,4 3 für jede Mark, welche die Tonne Kohle frei Gaswerk kostet, d. i. bei einem Kohlenpreis von 200 M für die Tonne 80 3 für den Kubikmeter (früher 45 3); Motoren gas 5 3 billiger.
Wasser: 1 Kubikmeter mit Wassermesser gemessenes Wasser 6,125 3 für jede Mark, welche die Tonne Kohle frei Gaswerk kostet, d. i. bei obigem Kohlenpreis 25 3 für den Kubikmeter (früher 20 3).
Elektrischer Strom: Für jede Mark, welche die Tonne Kohle frei Gaswerk kostet, sind entsprechend dem heutigen Kohlenpreis für den innerhalb eines Geschäftsjahres bezogenen Strom zu zahlen:
Lichtstrom im Durchschnitt 1,60 M für die Kilowattstunde (früher 80 3),
Kraftstrom im Durchschnitt 80 3 für die Kilowattstunde (früher 45 3).
Es hat keinen Zweck, sich über diese Vorschläge zu erregen, denn die Preise werden noch höher werden, die Grundlagen unserer Wirtschaft werden eine vollständige Aenderung erfahren.

Das Elend unserer Fleischversorgung. Eine Denkschrift an die badische Regierung.

(Schluß)
Auch bei der Schweinefleischversorgung haben sich sonderbare Zustände herausgebildet. Für das Pfund Lebendgewicht Schlachtschweine bezahlt der Kommunalverband 1,50 M. Falls es also in Baden noch einen Schweinezüchter geben sollte, der ein schlachtreifes Schwein von 200 Pfund an den Kommunalverband abliefern würde, bekäme derselbe für sein Schwein 300 M. Da ein Käuferfleisch zur Zeit 4 bis 500 M kostet, ist es zu verstehen, daß es im vergangenen Jahre einen solchen Schweinezüchter außer der Stadt Karlsruhe nicht mehr gegeben hat. Ob es in diesem Jahre einen geben wird, ist kaum anzunehmen, wenn der Zustand nicht geändert wird. Damit keine Volksnahrungsmittel an Schweine verfüttert werden, ist es richtig, daß man das Schweinefleisch bekämpft. Das Kampfmittel gegen die Schweinefleisch ist aber nicht das Nichte. Man könnte den Schweinezüchtern, die aus Käsen- und sonstigen Abfällen Schweine füttern, ruhig einen Preis bezahlen, den man der Landwirtschaftskammer für Vertragschweine in Aussicht gestellt hat. Das wäre noch lange kein Anreiz für eine regere Schweinezucht, man könnte aber dann bei einer leichten Aenderung des Kontrollparagrafen eine ganze Anzahl Schweine der rationierten Fleischversorgung zuführen.
Nun ein Wort zu der schwierigen Lage der Viehhaltung der nächsten Zeit. Infolge der letzten schlechten Futterernte waren die Landwirte gezwungen, ihre Viehbestände unter den normalen Stand zu reduzieren. Die Landwirte haben im November und Dezember letzten Jahres große Teile ihrer Viehbestände abgetrieben. Quantitativ wurden die Städte, die über Gefrieranlagen verfügen, in die Lage versetzt, einen Meeresbestand anzulegen. Derselbe mußte jetzt leider schon stark angegriffen werden. Die Viehhaltungen haben erschreckend nachgelassen. Eine Besserung ist unter den heutigen Verhältnissen nicht zu erwarten. Der Meeresbestand wird in einigen Wochen aufgehört sein. Gewaltmaßnahmen gegen die Landwirte liegen unter den gegebenen Umständen nicht im Interesse einer gedeihlichen Volkswirtschaft. Den stichhaltigen Argumenten...

ten, die der Landwirt einem etwaigen Ableserungsanfragen entgegenhalten wird, kann man tatsächlich kaum ausweichen. Der Landwirt wird sagen, wenn ich meinen Viehbestand noch weiter reduzieren soll, bin ich nicht mehr in der Lage, meine Acker und Wiesen genügend düngen zu können, und wenn ich nicht mehr düngen kann, dann kann ich auch nicht mehr ernten. Es wird also, wenn die Fleischversorgung dieses Frühjahr nicht einen jämmerlichen Zusammenbruch erleben soll, nichts anderes übrig bleiben, als Mittel und Wege zu schaffen, diejenigen Tiere, die doch in den Kanälen der Schwärze- und Rotschlachtungen verschwinden würden, der rationierten Fleischversorgung zuzuführen. Es gibt immer Tiere, die sich zur Zucht nicht eignen. Es kommen auch Kälber zur Welt, die sich zur Zucht ebenfalls nicht eignen. Es muß gelingen, die Schlachtländle zu verstopfen. Ein geeignetes Mittel hierzu wäre: die sofortige Aufhebung der widerwärtigen Käuferpreisbegrenzung, denselben in der Höhe der letzten Kalkulation rechnerisch erfassen und ihn in der Form erhöhter Schlachtwiegepreise den Viehzüchtern zuzuwenden.
Diese Aenderung würden für den Landwirt einen Meereserlös bei Kindern von 50 Prozent, bei Kälbern mindestens von 100 Prozent bedeuten. Die Aenderung braucht keine erhebliche Fleischverteuerung zur Folge haben. Sie würde aber ganz bestimmt in den Kreisen der Landwirtschaft weitgehende Befriedigung hervorzurufen.
Also noch einmal kurz zusammenfassend: den Zucht- und Auswuchs auf die Erzeuger beschränken, um dadurch eine genaue Kontrolle zu ermöglichen und jeder unnötigen Viehvermehrung vorzubeugen — Reform der Schlachtpreise und eine Aenderung der Bewirtschaftung dahingehend, daß der Handel mit Käuferfleisch nicht bis zu einem Vierteljahr, und nicht wie jetzt, bis zu einem halben Jahre, gesteuert wird. Wenn diese Vorschläge berücksichtigt werden, sind wir überzeugt, daß die rationierte Fleischversorgung die jetzt bevorstehende schlimmste Zeit überwinden wird.

Die Sünde des Zinses.

Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, den 26. Febr., abends 8 1/2 Uhr im Friedrichshof in einer öffentl. Versammlung
Gen. Harrer Steig aus Reutlingen.
Eintritt: Parteimitgl. 50 3. Nichtmitgl. 1 M.
Erscheint in Massen!

Erhöhung der Löhne der städtischen Beamten und Arbeiter.

Dem Bürgerausschuß ging eine städtische Vorlage zu, um die Bezüge der städtischen Bediensteten infolge der Löhnerhöhungen neu zu regeln. Die Angestellten und Beamten sollen erhalten: Unverheiratete jährlich 3000 M, Verheiratete 3600 M, dazu noch eine Kinderzulage. Für die Arbeiter sind tägliche Zuschläge von 8-12 M zum jetzigen Lohn vorgesehen, dazu für jedes Kind monatlich 20 M. Für die zurückgebliebenen Arbeiter und Beamten deren Hinterbliebenen sind die Bestimmungen des badischen Staatsvertrages zu berücksichtigen. Der Gesamtaufwand erfordert die Summe von ca. 16 335 500 M und sollen aus Wirtschaftsmitteln bestritten werden.

Erhöhung der Löhne auf den Karlsruher Lokalbahnen.

Das Rechnungsjahr 1919 der Lokalbahnen schließt mit einem Fehlbetrag von 754 785 M ab. Für das neue Rechnungsjahr 1920 ergäbe sich voranlässlichgemäß ein weiteres Defizit von 854 691 M, das, wie jenes vom vorigen Jahre, aus Wirtschaftsmitteln bestritten werden müßte. Da dies die Stadterhaltung ablehnen müßte, schlägt sie eine Pariserhöhung von 150 % vor, die eine Mehreinnahme von ca. 1 Million Mark bringen soll. Für die färschte Strecke steht die Stadterhaltung einen Jahrespreis von 80 Mfg. vor, wie dies bei der Albtalbahn der Fall ist, jedoch sollen innerhalb des Stadtgebietes (zwischen Daxlanden und Rinkheim) die Preise der Straßenbahn gelten.

Deutsch-völkischer Unsin.

Die deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbündler glauben in der politischen Arena immer mehr die Rolle des dummen Tugust übernehmen zu müssen. Für Freitag abend hatten sie sich den Herrn Reichsrat Dr. Fr. Wichtl aus Wien zu einer Vorlesung in den Friedrichshof verschrieben, wo er über „Weltfreimaurerei, Weltrevolution und Weltpolitik“ sprechen sollte. Herr Wichtl bezog sich aber darauf, daß es sich nicht um Welt, sondern um die Juden handelt, daß es sich nicht um Welt, sondern um die Juden handelt, daß es sich nicht um Welt, sondern um die Juden handelt. Seine Ausführungen sollten die Anwesenden davon überzeugen, daß der Krieg nicht von Kaiser, Königen, Fürsten, Industriellen und ähnlichen Machthabern inszeniert worden sei, sondern lediglich von den Juden, die in der internationalen Freimaurerei die Führung inne hätten. Nach der Meinung des Redners sind alle einflussreichen Arbeiterführer der ganzen Welt Freimaurer. Daher wäre es gekommen, daß die Arbeiter der Entente für den Krieg während die Arbeiter der Zentralmächte für den Frieden demonstriert hätten. Auch Scheidemann sei Freimaurer, ob Koske Freimaurer ist, weiß der Redner nicht genau, dagegen weiß aber der Redner ganz genau, daß Erzberger Jude und Regierungsrat Dr. Kampffmeyer „verlappter Jude“ ist. Die Folgerung ist folgende: Erzbergers Eltern sind zwar katholisch, Erzberger ist aber zur Welt gekommen, nachdem seine Eltern erst 3 Monate verheiratet waren und in dem Heimatort Erzbergers wohnen viele Juden. Erzberger, der von Beruf Schullehrer sei, habe es verstanden, sich in 6 Jahren ein Vermögen von 40 Millionen Mark zusammen zu häufeln. Diese Fähigkeit sei der deutsche Beweis dafür, wessen Blut in Erzbergers Adern fließt. Dr. Kampffmeyer ist verlappter Jude, weil er eine Jüdin zur Frau habe. Auf diesem Niveau bewegen sich ziemlich die ganzen Ausführungen des Redners. Mit Bezug auf Dr. Kampffmeyer wurde ein Artikel aus dem Feder über die Auslieferungsforderung verlesen, den er an sozialdemokratische Zeitungen geschickt habe, die ihn aber nicht aufgenommen hätten. (Nur durch eine Indiskretion können die Deutsch-völkischen in den Besitz des Manuskripts gekommen sein.) Zum Schluß bedauerte der Redner, daß die Arbeitermassen seinem Evangelium so schwer zugänglich seien. Diskussion gab es nicht, dagegen können aber diejenigen, die zu den Ausführungen etwas zu sagen haben, ihre Meinung zu Papier bringen, und dieselben nach der Waldstraße 20 einbringen. Von dort aus wird dann die Antwort erteilt.

Immer höher! Auch die Bündelholzer, die im Laufe der Jahre von 10 3 für das Raet auf 1,20 M gestiegen sind, sollen vom 1. März ab 3,50 M kosten. Somit käme eine Schachtel auf 35 3 zu stehen. Infolge dieses hohen Preises sind auch die Bündelholzer von einem billigen Massenartikel zu einem sehr teuren Verbrauchsartikel „emporgeklommen“. Die Zeit wird auch vorbei sein, wo der Bauer dem anderen mit der bisher gewohnten Gefälligkeit ein Streichholz schenken wird.

Kriegsgefangenenheimkehr. Ein recht herzlich Empfang wurde den am gestrigen Sonntag hier durchziehenden Kriegsgefangenen bereitet. Es war ein Kransport von 1045 Mann, der aus dem Lager Bailly Lam, und dem Durchgangslager Glosheim angeleitet wurde. Am Bahnhof sangen der Gesangsverein „Badenia“ und der Männergesangsverein ein. Die Darbietungen beider Vereine wechselten mit Porträts des Musikdirektors „Harmonie“ unter Leitung des Herrn Hugo Rudolph. Das rote Kreuz bewirkte die Heimkehr mit Kaffee, und Damen und Herren der Kriegsgefangenenheimkehr verteilten Anfrischungen, Zigarren und hauptsächlich die gern begehrten Tageszeitungen. Die Heimkehrer waren über diesen Gruß der Heimat sehr erfreut. Das Grinsen und Winken wollte kein Ende nehmen, als der Zug unter den Klängen des Liedes „Nur ich denn zum Stübli hinaus“ sich in Bewegung setzte.

Der Arbeiterkassenrat bittet uns, auf den angekündigten Vortrag des Gen. Abg. Richter morgen Dienstag abend 7 Uhr im „Auerhahn“ nochmals hinzuwenden. Das Bestreben des Bundes geht dahin, in der Arbeiterkassenrat Verständnis für die moderne Schriftentwicklung zu wecken. Wir dürfen uns gerade auch auf diesem Gebiete nicht auf die Wochen verlassen, die von hohen Warte dem Volke geloten werden. Die Schrift ist für jeden denkenden Arbeiter so wichtig, daß er auch auf die Entwicklung derselben sein Augenmerk richten muß. Der Besuch des Vortrags ist deshalb dringend zu empfehlen.

Städtische Konzerte. Das städtische Musikorchester in der Festhalle am gestrigen Sonntag durfte sich eines vollen Erfolges erfreuen. Der geräumige Saal und die Galerien waren recht gut besetzt. Man scheint jetzt doch auf die richtige Form gekommen zu sein: die Abendstunden sind nicht so leer — wenigstens so lange die Abende nicht wärmer sind! Auch die Auswahl des Gebotenen scheint angeprochen zu haben. Das Volk ist jetzt nicht geneigt für hochdramatischen Einfluß. Es braucht Entspannung und verlangt nach den heiteren Mäusen, welche die Trübnis bannen sollen. Den musikalischen Teil hat wiederum der Musikdirektor „Harmonie“ unter Leitung des Herrn Rudolph zur besten Zufriedenheit erledigt und auch die Solisten haben durchweg gefallen. Insbesondere hatte Fr. Kelly Schläger einen prächtigen Tag. Ihre Nieder sowohl wie die Vorträge ernteten stürmischen Beifall, ebenso Herr Hermann G. (Wag). Herr Direktor Hans Norden spielte und mimte ebenfalls mit vollem Erfolg und hatte fast mit jedem Satz die Lacher auf seiner Seite. Recht gut waren auch die Darbietungen von 4 Damen des Theater-Langkorps und Herr Kapellmeister Schweppes hat alles stillvoll begleitet, so daß eigentlich nichts zu tadeln ist. Jeder wird befriedigt gewesen sein.

Vergleich. Nach dem amtlichen Protokolle des Amtsgerichts C. 1 zu Karlsruhe hat der in der Privatklagesache des Landtagsabgeordneten Mayer, Karlsruhe gegen den Rechtsanwalt Dr. Jakob Marx abgeschlossene Vergleich folgenden Wortlaut: Der Privatkläger Herr Geh. Oberkassenrat Friedrich Mayer erklärt: „Ich habe auf dem Parteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei weber dem Wortlaut noch dem Sinne nach gesagt, daß die Juden selbst Pogrome absichtlich fördern und hätte auch seinen Anlaß, eine solche Äußerung zu machen, weil ich ihren Inhalt nicht für richtig halte.“ Der Beschuldigte Herr Rechtsanwalt Dr. Jakob Marx erklärt: „Nach dieser Erklärung des Herrn Privatklägers stehe ich nicht an, den Wortlaut, Herr Geheimrat Mayer habe eine nichtswürdige und gewissenlose Äußerung leichtfertig weitergegeben, hiermit zurückzunehmen.“

Ausländische Rauchwaren. Vom 1. März ab werden alle ausländischen Rauchwaren, insbesondere englische Zigaretten, die ohne Einfuhrbewilligung herein und in Verkehr gebracht werden, beschlagnahmt. Um die Zigarettenhändler nicht zu schädigen, werden die bis jetzt eingelaufenen Waren dem Verkehr überlassen, müssen aber zur Kennzeichnung vom Landespreisamt abgestempelt werden. Ausländische Rauchwaren, die nicht den Stempel des Landespreisamtes tragen und dem Verkauf ausgesetzt sind, werden nach dem 29. Februar beschlagnahmt.

Landestheater. Donnerstag, 26. Februar, findet eine Volksvorstellung statt, in der die Oper „Der Troubadour“ von Verdi gegeben wird. Berücksichtigt werden zunächst bei der Kartenausgabe die Gemeindefunktionen. Der Bedarf an Karten wolle sobald wie möglich bei der Theaterkasse angemeldet werden.

Deutscher Arbeiterstenographen-Bund Karlsruhe.

Dienstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstraße
Oeffentlicher Vortrag
von Hg. Richter: 1900
„Die Entwicklung der Schrift zur Volkskurzschrift.“
Anmeldungen zum Stenographie-Unterricht ebenba. Der Ortsvorstand.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Montag, den 23. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr in der „Kronenhalle“, Kronenstrasse
außerordentliche Mitglieder-Versammlung
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir einen zahlreichen Besuch. Die Ortsverwaltung.

Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus.

Mittwoch, den 25. Februar, abends halb 8 Uhr im Saale des Arbeiter-Bildungsvereins, Wilhelmstr. 14

öffentl. Vortrag

von Walter Hartwig-Börrich, über:
„Das Versagen der Parteien und die Zukunft Deutschlands.“
Eintritt frei! 1904 Freie Aussprache!

Bachverein.

Mittwoch, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in der „Festhalle“

„Herakles“ von Händel.

Karten zu 10, 8, 6, 4 und 2 Mk. ausschließlich Steuer bei Fr. Doert, Kaiserstrasse 169 und an der Abendkasse.
- Die Festhalle ist geheizt. - 1905

Konsumverein Baden-Baden u. N.

e. G. m. b. H.
Verteilungsstelle Raftatt.

Am Mittwoch, 25. Februar 1920, abends 7 Uhr, findet in Raftatt im „Anker“-Saale eine

Mitglieder-Versammlung

statt mit folgender Tagesordnung:
1. Allgemeiner Geschäftsbericht,
2. Der Bau einer Wägerei.
Wir ersuchen die Mitglieder von Raftatt und Umgebung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. 1919

Ab Montag den 23. ds. ist die

Schwimmhalle des Friedrichsbades

bis auf weiteres jeden Nachmittag von 1/2 3-4 Uhr für Damen und von 4-8 Uhr für Herren 1919

geöffnet.

Stadt. Vierordtbad

Ab Montag, den 23. d. Mts., sind auch die Dampf-, elektr. Licht u. sonstigen Kurhäder 489

wieder geöffnet.

Für Frauen Montag und Mittwoch vormittags und Freitag nachmittags. Die übrige Zeit für Männer.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Verein Karlsruher Aerzte.

Infolge der zunehmenden Teuerung sehen sich die Aerzte genötigt, eine weitere erhebliche Erhöhung ihrer Honorarsätze mit sofortiger Wirkung eintreten zu lassen. Die Aerzte sind verpflichtet, sich streng an die Sätze zu halten. 506*

Hochelegante Herren- und Damen-Garderobe

in erstklassiger Ausführung zu mässigem Preis fertigt 1411
Anton Kuhn, Karlsruhe Ruppurrerstr. 20, 1. Hinterhaus.

Achtung! Achtung!

Aushilfsweise Angestellte!

beim Staate, der Post und den militärischen Dienststellen!

Dienstag, den 24. ds. Mts., nachmittags halb 5 Uhr, im großen Saale der Restaurat on zum „Ewenzrathen“ (Kaiser-Galle)

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Lohn- und Arbeits-Verhältnisse beim Staate, der Post und den militärischen Dienststellen u. deren Reform.

Referent:

Kollege Kiefer vom Ortskartell freier Angestelltenverbände.
Pflicht aller bei den Behörden aushilfsweise Angestellten Kolleginnen und Kollegen ist es, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Erscheint in Massen!

Ortskartell freier Angestelltenverbände.
Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter.
Gewerkschaftsbund der Angestellten. 1927

Die Haupt-Verwaltungsstelle der Lehr-Betriebe für Industrie-Arbeiter G. m. b. H. KARLSRUHE Kriegsbeschädigtenfürsorge
befindet sich ab 20. Februar in den früheren Geschäfts-Räumen der Handelskammer
201 Kaiserstraße 201
3. Stock Hof-Apotheke 3. Stock.
Künstliche Glieder, Apparate
:- Orthopädische Schuhe :-
Schuhwerk aller Art nach Maß
fertigen rasch u. erstklassig unter fachärztl. Leitung die Ersatzglieder-Werkstätten in
Ettlingen, Reserve-Lazarett; Freiburg, Nordkaserno; Karlsruhe, Dragonerkaserno; Konstanz, alte Kaserno, Waffenmeisterei; Mannheim, Tullastrasse 14; Mosbach, Kammergebäude; Pforzheim, Kronprinzenstrasse 38.
Spezialitäten: Fournierholz-Kunstbeine
kusserst leicht, stabil, elegant und einlach in Konstruktion. Gewicht nur 4-5 Pfund.
Aktiv bewegliche Arbeitsklaue für Unterarm-Amputierte
grösste Kräfteleistung, geringes Gewicht. 1922
Holz-Lehrbetrieb St. Trudpert, im Münstertal, Amt Staufen i. Bad. Sägewerk und Bürstenholzfabrikation, Scaureinerl.

Die Aenderung der Straßenluft der Ewenzrathen im Stadtteil Ruppurrer betr.
Der Stadtrat der Residenz hat den Antrag gestellt, es möge der nördliche Gehweg der Ewenzrathen auf die Breite des südlichen (2 Meter) vergrößert und das Straßengelände in 2,50 Meter Breite den nördlichen Anliegern als Vorgartengelände eigentümlich zugeweiht werden.

Die Bauflucht, welche durch die Aenderung betroffen wird, wurde durch Bezirksratsentscheidung vom 26. Mai 1908 festgestellt.

Der die Aenderung enthaltende Plan liegt vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an während 14 Tagen auf dem Rathaus - 3. Stock, Zimmer 190 - zur Einsicht der Beteiligten auf.

Etwasige Einsprüche sind innerhalb der oben bezeichneten Frist bei Ausschlußbermeiden bei dem Stadtrat oder dem Bezirksamt hier zu erheben. 509
Karlsruhe, den 16. Februar 1920.
Bezirksamt. O.S. 61

Auf die Landesordnung der Freitag den 27. Febr. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im großen Rathhauseaal stattfindenden öffentlichen Versammlung des Bürgerausschusses wurde nachträglich gefeh:
1. Errichtung neuer ständiger Beamtenstellen (25),
2. Abschluß von Dienstverträgen mit städt. Beamten gemäß § 22 Abs. 1 der Dienst- und Gehaltsordnung (26).
Karlsruhe, den 20. Februar 1920.
Der Oberbürgermeister.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Qz. Nr. 4480; 7 a 76 qm mit Gebäuden Goethestraße 25 b.
Schätzung: 65000 M. Zubehör (Baustoffe) 6500 M.
zusammen 71500 M.

Versteigerungstermin: Dienstag, den 16. März 1920, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Alademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 19. Januar 1920. 1445
Vob. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Qz. Nr. 1411; 2 a 28 qm mit Gebäuden Kreuzstraße 19 (Gasthaus zum „Ruffhäufel“).
Schätzung: 36 000 M. Wert der Einrichtung: 8802,30 M.

Versteigerungstermin: Dienstag, den 23. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Alademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, den 24. Dezember 1919.
Vob. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Bekanntmachung über den Verkauf von Notstandswaren für in Kleidungsnot befindliche Personen.

In allen einschlägigen Geschäften hiesiger Stadt (einschließlich der Warenhäuser) liegen gegenwärtig an Waren der sogenannten Notstandsversorgung
Männerhemden zum Preise von Mark 11.50 und Mark 12.50,
wollene Knabenweater zum Preise von Mark 21.44 zum Verkauf auf. - welche nur für Minderbemittelte bestimmt sind - dürfen lediglich gegen Bezugsberechtigungen verkauft werden, die von der Prüfungsstelle des städt. Fürsorgeamtes in der Reichslogischule, Erbprinzenstr. 18, 3. Stock vom 25. ds. Mts. ab nach Prüfung der Verhältnisse ausgefertigt werden.
Städtische Bekleidungsstelle. 507

Bekanntmachung über den Umtausch getragener amerikanischer Stiefel.

Im Verfolg der entsprechenden Bekanntmachung teilen wir mit, daß für den Umtausch getauschter nicht passender amerikanischer Stiefel drei Tage in Aussicht genommen sind und zwar:
Dienstag den 25. Februar 1920,
Mittwoch den 26. Februar 1920 und
Donnerstag den 27. Februar 1920.

Die umzutauschenden Stiefel sind beim Eintritt ins Verkaufstokal (Kaiserstraße 91) sofort einem Aufsichtsbekanntem vorzulegen, welcher den Umtausch anordnet.
Städtische Bekleidungsstelle. 505

Bekanntmachung über den Verkauf getragener amerikanischer Bekleidungsstücke.

Nachdem der erste große Posten amerikanischer Bekleidungsstücke restlos verkauft wurde, ist es den Bemühungen der Städt. Bekleidungsstelle gelungen, noch einen weiteren kleineren Posten getragener amerikanischer Mäntel und Anzüge zu erlangen. Da jetzt die Erfindungspreise wesentlich höher sind, stellen sich die
Mäntel auf 98,00 M das Stück,
die Anzüge (Joppe, Hose und Gamaschen) auf 68,00 M das Stück.

Für den Verkauf dieser Bekleidungsstücke ist das sogenannte Bestellverfahren eingeführt, d. h. Bestellungen können ab Montag den 23. Februar in Bestellkarten eingetragen werden, die in unserm Verkaufstokal, Kaiserstraße 91, zur Einreichung aufliegen.
Städtische Bekleidungsstelle. 504

Pferdefleischverkauf.

Serie D. Siegelrote Karten. Verkaufsstelle Sofienstr. 99.
Einschöpfung der Marke 3.
vormittags nachmittags
Dienstag, 24. Febr. Nr. 30.301 - 31.850 Nr. 31.851 - 33.171
Mittwoch, 25. " 33.176 - 34.500 " 34.501 - 35.850
Donnerst., 26. " 35.851 - 37.200 " 37.201 - 38.500
Freitag, 27. " 38.501 - 39.850 " 39.851 - 41.200

Kopymeuge 125 Gramm Fleisch oder Wurst.
Karlsruhe, den 20. Februar 1920. 508
Stadt. Fleischamt.